

**bmask****BUNDESMINISTERIUM FÜR  
ARBEIT, SOZIALES UND  
KONSUMENTENSCHUTZ**Stubenring 1, 1010 Wien  
DVR: 0017001**AUSKUNFT**Mag. Florian Reiningger  
Tel: (01) 711 00 DW 2259  
Fax: +43 (1) 715 82 58  
Florian.Reiningger@bmask.gv.atE-Mail Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse  
begutachtung@bmask.gv.at zu richten.An das  
Bundesministerium für Justizper Email an:  
team.z@bmj.gv.at**GZ: BMASK-10310/0008-I/A/4/2012**

Wien, 08.03.2012

**Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Schiedsverfahren in der Zivilprozessordnung  
und das Gerichtsgebührengesetz geändert werden (Schiedsrechts-  
Änderungsgesetz 2012 - SchiedsRÄG 2012); Stellungnahme des Bundes-  
ministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezug nehmend auf das Schreiben vom 30.01.2012, GZ: BMJ-Z11.008/0002-I  
8/2012, hinsichtlich des im Betreff näher bezeichneten Ministerialentwurfes nimmt  
das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wie folgt Stel-  
lung:

Seitens des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wird  
begrüßt, dass Verbraucherstreitigkeiten ausdrücklich vom Anwendungsbereich des  
Entwurfs ausgeschlossen werden.

Das Schiedsverfahren findet bisher auf Verbraucherstreitigkeiten – soweit  
überblickbar – kaum Anwendung. Dies liegt insbesondere daran, dass den Vorteilen  
eines derartigen Verfahrens – insbesondere Geheimhaltung, rasche Abwicklung –  
der gravierende Nachteil der gegenüber „klassischen“ Gerichtsverfahren hohen Ver-  
fahrenskosten gegenübersteht. Nicht zuletzt deshalb wurden sowohl im Konsumenten-  
schutzgesetz (KSchG) als auch in der Zivilprozessordnung (ZPO) Schutzbestim-  
mungen zugunsten der Verbraucher etabliert.

Die nunmehr vorgeschlagene Regelung, den OGH in erster und letzter Instanz für Verfahren über die Nichtigkeit bzw. Aufhebung eines Schiedsspruches für zuständig zu erklären, mag für die Etablierung des Standortes Wien positive Auswirkungen haben, ist aber ebenfalls mit hohen Kosten verbunden.


Insoweit soll am Konzept des Entwurfes, nämlich den Instanzenzug in Konstellationen, in denen ein/e Konsument/in als Partei beteiligt ist, unverändert zu lassen, festgehalten werden.

Eine Gleichschrift der Stellungnahme wurde dem Präsidium des Nationalrates elektronisch an die Adresse „begutachtungsverfahren@parlament.gv.at“ übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Bundesminister:

Dr. Peter Gamauf

*Elektronisch gefertigt.*

Signaturwert	jzGIRb92jsrwkpiHEqWkAbePit8gSbn0xHkKEGkSqL93qOtCvEzaWASALgkv/OLVIDO1j9/oTguPc6oLRqW7a6EYusHFRtFj1oMYht36S48voZUeeOnPe8DfwE0oVNmq/MrBXn0UH5ne074Ao4EiJ5bVrlrvuAiv6OZdKD2XB6w=	
	Unterzeichner	serialNumber=373486091417,CN=BMASK,O=BM fuer Arbeit\, Soziales und Konsumentenschutz,C=AT
	Datum/Zeit-UTC	2012-03-08T13:59:30+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,Ö=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	532586
	Methode	urn:pdfsigfilter:bka.gv.at:binaer:v1.1.0
	Parameter	etsi-bka-moa-1.0
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <a href="http://www.signaturpruefung.gv.at">http://www.signaturpruefung.gv.at</a> Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: <a href="http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH1052">http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH1052</a>	